

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 14.11.2019	Beginn 17:00 Uhr	Ende 21:44 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf	Vertretung für Herrn Detlef Wapenhans ab 17.35 Uhr
Kirschner, Thorsten Philipp, Gerd Schier, Klaus Peter Tempel, Gabriele	Vertretung für Frau Dr. Frauke Hortolani
Heinemann, Manfred Lenz, Heinz-Jürgen Lusebrink, Hans-Otto Müller, Michael Beckmann, Philipp J. Gießwein, Brigitta Gießwein, Marcel Burbulla, Johanna Stutzenberger, Olaf Garn, Elke	Vertretung für Herrn Oliver Flühöh bis 21.43 Uhr bis 21.35 Uhr Vertretung für Herrn Dr. Christian Bockelmann - bis 19.10 Uhr

Vorsitzende

Grollmann-Mock, Gabriele

stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried
Hiller, Gabriele
Jansen, Matthias
Liebscher, Sybille
Michaelis, Sandra
Mollenkott, Marion
Peters, Hildegard
Rath, Christiane
Rudolph, Heike

Schweinsberg, Ralf
Söhner, Edeltraud
Striebeck, Thomas
Tilly, Horst

Schriftführer/in

Graeve, Heidi

Abwesend:

Mitglieder

Wapenhans, Detlef
Flüshöh, Oliver
Feldmann, Jürgen
Bockelmann, Christian Dr.

vertreten durch Herrn Bosselmann
vertreten durch Herrn Lenz

vertreten durch Frau Garn

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.

vertreten durch Frau Tempel

A Öffentliche Tagesordnung

1	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n	
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
3	Abberufung von Schriftführerinnen für den Hauptausschuss	200/2019
4	Niederschrift zur Sitzung vom 12.09.2019 - Kenntnisnahme und Feststellung -	
5	Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung	
6	Mitteilungen	
7	Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates	
8	Erstellung eines Konzeptes zur Einführung einer Gebäudeleitlinie für die Liegenschaften der Stadt Schwelm	172/2019
9	Jahresbericht Trägerverein Schwelmebad e.V.	
10	Brandschutzbedarfsplan	144/2019/2
11	Umorganisation Schulverwaltungsamt	215/2019
12	Personalwirtschaftskonzept	139/2019/1
13	Stellenplan 2020 - Personalkosten	
13.1	Änderungsantrag der FDP- Fraktion "Digitaler Hausmeister" vom 12.11.2019	237/2019
13.2	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B'90/Die Grünen - Position "Digitale/r Hausmeister/in" - vom 07.10.2019	195/2019
13.3	Stellenplan 2020	124/2019/4
13.4	Stellenplan 2020 - 1. Änderungsliste	231/2019
14	Beratung des Etatentwurfs 2020 - FB 1	189/2019
15	Beratung des Etatentwurfs 2020 – FB 5 –	185/2019
16	Ausschussumbesetzungen im Ausschuss für Umwelt-	220/2019/1

und Stadtentwicklung, Schulausschuss, Sportausschuss,
Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss,
Kulturausschuss, Wahlprüfungsausschuss und
Verwaltungsrat TBS

- | | | |
|------|---|----------|
| 17 | Wahl Integrationsrat/-ausschuss | |
| 18 | Entgeltordnung für das Archiv der Stadt Schwelm | 191/2019 |
| 19 | Änderung der Benutzungsordnung für das Archiv der Stadt Schwelm | 192/2019 |
| 20 | Klimaschutz in der Stadt Schwelm
Anträge verschiedener Fraktionen | 122/2019 |
| 21 | Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW - Freigabe der Herdstraße für Fahrradfahrer entgegen der Einbahnstraßenrichtung | 221/2019 |
| 22 | Antrag der FDP Fraktion vom 30.10.2019 zur Neuordnung der Einmündung Römerstraße in die Moltkestraße in Schwelm | 230/2019 |
| 23 | Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung | |
| 24 | Abzusetzende Tagesordnungspunkte / Vorlagen | |
| 24.1 | Pflege und Förderung des Kulturgutes der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler in Schwelm (TOP-Anmeldung CDU) | |
| 25 | Auszutauschende Tagesordnungspunkte / Vorlagen | |

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Frau Bürgermeisterin Gabriele Grollmann-Mock begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Hauptausschusses und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt sie fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen worden ist und dass Beschlussfähigkeit vorliegt.

Zur Tagesordnung unterbreitet sie folgende Vorschläge:

- Die Vorlage 221/2019 - Bürgerantrag nach § 24 GO NW – wird als Tagesordnungspunkt (TOP) 21 in die Tagesordnung aufgenommen.
- Die Vorlage 230/2019 – Antrag der FDP-Fraktion vom 30.10.2019 zur Neuordnung der Einmündung Römerstraße in die Moltkestraße in Schwelm wird als TOP 22 in die Tagesordnung aufgenommen.
- Die Vorlage 137/2019 – Antrag der FDP-Fraktion „Digitaler Hausmeister“ wird als TOP 13.1 in die Tagesordnung aufgenommen.
- TOP 13 wird um den Unterpunkt 13.4 – „Stellenplan 2020 – 1. Änderungsliste“ mit gleichzeitiger Ergänzung im nichtöffentlichen Teil ergänzt.
- Der TOP „Pflege und Förderung des Kulturgutes der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler in Schwelm“ wird aufgrund der Fachdiskussion im Kulturausschuss abgesetzt.

Da keine Wortmeldungen oder Anträge zur Tagesordnung vorliegen, bittet Frau Grollmann-Mock um Abstimmung über die Änderung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 Abberufung von Schriftführerinnen für den Hauptausschuss 200/2019

Frau Grollmann-Mock ruft zur Abstimmung über die Vorlage 200/2019 auf.

Beschluss:

Frau Anja Riemann und Frau Edeltraud Söhner werden als Schriftführerinnen für den Hauptausschuss abberufen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

4 Niederschrift zur Sitzung vom 12.09.2019 - Kenntnisnahme und Feststellung -

Frau Grollmann-Mock teilt mit, dass die Niederschrift zur Sitzung vom 12.09.2019 allen Mitgliedern des Hauptausschusses rechtzeitig zugeleitet und

Einwände gegen Sie nicht vorgetragen worden seien.
Sie schlägt vor, die Kenntnisnahme der Niederschrift und das Nichtvorliegen von Einwänden gegen sie festzustellen und entsprechend zu protokollieren.
Gegen diesen Vorschlag wird kein Widerspruch erhoben.
Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass Einwände gegen sie nicht erhoben werden.

5 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

Keine

6 Mitteilungen

Frau Grollmann-Mock informiert stellvertretend für die Gleichstellungsbeauftragte Dr. Michaelis darüber, dass der neue Familienkalender auf den Tischen ausgelegt wurde. Dieser verknüpfe wie gewohnt Terminmanagement und wichtige Informationen rund um das Thema „Bildung“ im gesamten Ennepe-Ruhrkreis. Die Stadt Schwelm beteilige sich schon lange am Netzwerk Wiedereinstieg und gehöre jetzt durch Frau Dr. Michaelis zusätzlich zum Redaktionsteam.
Außerdem weist Frau Grollmann-Mock auf den Aktionstag gegen häusliche Gewalt hin, der auch in diesem Jahr wieder in 7 EN-Städten stattfindet. An dem Aktionstag, der von den Mitgliedern des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt und unter städtischer Beteiligung durchgeführt wird, werden Beutel, Kalender, Flyer und Informationsmaterialien rund um das Thema „häusliche Gewalt“ an Bürgerinnen und Bürger verteilt. Die Aktion in Schwelm findet am Dienstag, den 26.11.2019 von 10 bis 12 Uhr am Brunnen in der Fußgängerzone statt.

Frau Grollmann-Mock erläutert in einer Stellungnahme zur Geschwindigkeitsmessung in der Winterberger Straße, dass für die Anordnung einer verkehrsrechtlichen Maßnahme die Zustimmung des Straßenbaulastträgers vorliegen müsse. Da diese nicht erteilt werde, plane die Verwaltung, Einrichtungen zu installieren, die auf die Geschwindigkeiten der motorisierten Verkehrsteilnehmer und auf passierende Kinder hinweisen. Die zu erwartenden Kosten beliefen sich grob geschätzt auf rund 5000,- €.

Herr Müller möchte wissen, ob die Politik die Stellungnahme zugesendet bekommt. Dies wird von Frau Grollmann-Mock für den nächsten Tag zugesagt.

Anschließend verliest Frau Grollmann-Mock die Danksagung von Frau Marie-Luise Krämer im Namen der Sprachpaten von St. Marien/Caritas für die Auszeichnung mit dem Schwelmer Integrationspreis 2019.

Herr Schweinsberg berichtet, dass die Verwaltung am 22.11.2019 gemeinsam mit Mitgliedern des Arbeitskreises Zentralisierung das Zentrum für Brennstoffzellentechnik der Universität Duisburg-Essen in Duisburg besuchen werde, um sich über die Möglichkeit des Einbaus eines Brennstoffzellen-Blockheizkraftwerkes im neuen Rathaus zu informieren.

Weiterhin teilt Herr Schweinsberg mit, dass Herr Schwunk in der Sitzung des Liegenschafts-Ausschusses angekündigt habe, eine Liste von Interessenten für die

Event-Nutzung der Schwelm-Arena zu übermitteln. Diese hätten Herrn Schwunk im Rahmen der Diskussion angesprochen und großes Interesse an der Nutzung gezeigt. Die Verwaltung habe daraufhin zugesagt, mit den Interessenten frühzeitig Kontakt aufzunehmen.

Herr Schwunk sei seiner Zusage bis dato nicht nachgekommen, sodass man nicht berichten könne, was zu tun sei, um diese konkret bei Herrn Schwunk angefragten Veranstaltungen im kommenden Jahr zu ermöglichen. Sofern die Interessenten der Verwaltung noch benannt würden, werde man möglichst zeitnah den Kontakt suchen.

Frau Grollmann-Mock teilt mit, dass am Sonntag, den 17.11.2019 um 11.30 Uhr die zentrale Gedenkstunde zum Volkstrauertag im Park an der Bahnhofstraße stattfinden werde. Als Vorsitzende der Schwelmer Ortsgruppe der Kriegsgräberfürsorge bittet sie um rege Teilnahme an diesem wichtigen Gedenken. Sie weist darauf hin, dass nach der Totenehrung durch ihren französischen Amtskollegen aus Fourqueux, Daniel Level, und sie selbst der Volksbund „Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.“ und Vertreter/innen von Vereinen und Verbänden Kränze niederlegen werden. Außerdem werde Pfarrer Schumacher von der Evangelischen Kirchengemeinde die Ansprache halten und der Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr werde die Gedenkstunde musikalisch begleiten. Darüber hinaus werde es Beiträge des Märkischen Gymnasiums Schwelm und von Frau Dr. Ilona Kryl geben.

Wie in den Jahren zuvor, werde der Vereinsring Linderhausen um 10 Uhr sein Gedenken zum Volkstrauertag im Gemeindehaus Linderhausen ausrichten. Frau Grollmann-Mock weist darauf hin, dass es im nächsten Jahr zu 80. Jähring besondere Feierlichkeiten geben wird.

Zum Sachstand bezüglich der Vergabestelle berichtet Frau Grollmann-Mock, dass die Stelle ab dem 02.01.2020 mit einer Vollzeit-Mitarbeiterin - Frau Söhner – besetzt sei. Die vorgesehene Halbtagskraft für die zweite Stelle habe abgesagt, so dass die Teilzeit-Stelle jetzt neu ausgeschrieben werden müsse. Die Gruppe Intelligente Beschaffung sei organisiert. Die Vergabestelle werde – der GPA (Gemeindeprüfungsanstalt) folgend – im Fachbereich 3 geführt. Die Dienstanweisung Korruption sei auf den Weg gebracht und der/die Korruptionsbeauftragte werde auch im FB 3 angesiedelt. Die Stelle werde bald ausgeschrieben. Außerdem seien Inhouse-Schulungen durchgeführt und Lizenzen angeschafft worden. Die Verwaltung werde mit dem Rechnungsprüfungsamt und der Vergabestelle des Kreises zusammenarbeiten. Die Kooperation mit dem Kreis sei für Ende 2020 geplant.

Anschließend stellt Herr Schweinsberg zwei Vertreter des Kreises - Herrn Schulte und Herrn Flender - vor, die einen Vortrag zum aktuellen Stand der Knochenmühlen-Problematik halten. Die Präsentation ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Müller bedankt für die Präsentation und fragt, warum die zahlreichen Mängel dokumentiert sind, aber Zwangsmaßnahmen nicht zu deren Beseitigung führen. Er möchte wissen, ob die Ordnungsgelder zu niedrig sind und eine Betriebsuntersagung angebracht ist.

Herr Flender antwortet, dass eine Betriebsuntersagung die schärfste Maßnahme sei. Alle anderen Maßnahmen müssten zuerst ausgeschöpft sein. Außerdem müsse ein bestimmter Satz an Jahresstunden bezüglich der Belästigungen erreicht sein. Dies müsse erst festgestellt und ein Jahr lang geprüft worden sein. Man setze lieber beim technischen Stand der Anlage an.

Herr Schulte ergänzt, dass eine Stilllegung der Anlage zu einer Klage führen werde, so dass es lange dauern würde, bis eine Entscheidung gefällt werde. Im Moment werde jede Kleinigkeit geahndet.

Herr Beckmann möchte wissen, ob angesichts der erheblichen Mängel, die über längere Zeit aufgelaufen seien, der Betrieb nicht schon in der Vergangenheit hätte geprüft werden müssen und was diesbezüglich versäumt worden sei.

Weiterhin fragt er nach der Höhe der Zwangsgelder im Jahr 2019 und wohin die Tendenz gehe, wenn der Betrieb sich weiterhin nicht daran halte.

Herr Flender antwortet, dass bis zum Jahr 2008 die Bezirksregierung zuständig gewesen sei. Nach dem Bau der Kläranlage habe es gar keine Beschwerden gegeben. Diese gebe es erst seit zwei bis drei Jahren wieder. Man könne erst dann eingreifen, wenn in einer Zeit von 9 bis 10 % der Jahresstunden Belästigungen vorliegen.

Herr Schulte erklärt, dass er die Höhe der Zwangsgelder nicht sagen könne. Sie seien jedenfalls nicht mehr vierstellig. Sie unternähmen alles, was in ihrer Macht stehe.

Herr Lenz möchte wissen, ob der Rahmen der möglichen Zwangsgelder ausgeschöpft werde oder ob man noch höhere Zwangsgelder nehmen könne.

Herr Schulte antwortet, dass das Zwangsgeld angemessen und verhältnismäßig sein müsse. Es werde nur dann erhöht, wenn es keine Wirkung zeige.

Herr Kirschner erklärt, dass er über die Angemessenheit der Zwangsgelder nicht urteilen könne. Aber ihn wundere, dass der Emittent eine große Uneinsichtigkeit zeige und die Verstöße dadurch anscheinend nicht abgestellt werden könnten. Wenn das Recht nicht eingehalten werde, müsse es durchgesetzt werden. Nach zwei Chancen, die Verstöße abzustellen, sei in der ordentlichen Gerichtsbarkeit Zwangshaft das richtige Mittel. Herr Kirschner appelliert an Herrn Schulte und Herrn Flender, in den Geschäftsbetrieb einzugreifen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Zuerst müsse die Geeignetheit einer Maßnahme geprüft werden. Eine Einbuße müsse deutlich spürbar sein und wenn eine Geldbuße nicht ausreiche, bleibe nur die Stilllegung des Betriebes. Ein Unternehmen dürfe sich nicht von Verpflichtungen freikaufen können.

Frau Gießwein trägt vor, dass sie das Geschehen seit 20 Jahren verfolge und dass es lange ruhig gewesen sei. Anwohner hätten beim Grundstückskauf unterschreiben müssen, dass sie Belästigungen hinnehmen müssten. Frau Gießwein ist der Meinung, dass der Kreis öfter Kontrollen vornehmen müsse.

Herr Flender antwortet, dass in erheblichem Umfang kontrolliert werde, dass aber immer nur der Geruch, der gerade im Moment wahrgenommen werde, bewertet werden könne. Nach der GEL müsse ein Jahr lang gemessen werden, was man den Anwohnern aber nicht habe zumuten wollen.

Herr Schweinsberg ergänzt, dass dies der mühsamere, aber der sicherere Weg zu sein scheine. Wenn man ein Jahr lang messe und unter eine Belästigungsdauer von 9 % bleibe, sei man raus. Die Messungen seien sehr aufwändig. Der Weg der Verwaltung sei der zielführendere. Beim Betreiber fehle jede Logik, da er ohnehin handeln müsse.

Herr Lenz möchte eine differenziertere Betrachtung. Wenn der Betreiber alles getan habe, was man tun muss und sich an Auflagen halte, es dann aber immer noch rieche, sei das Thema Dienstbarkeiten nicht relevant, weil Anwohner unterschrieben hätten, dass sie Belästigungen hinnähmen.

Frau Grollmann-Mock erklärt, die Verwaltung hoffe, dass der Betrieb ohne Belästigungen bestehen bleiben könne, da es sich ja auch um einen Arbeitgeber für Schwelmer handele.

Anschließend berichtet Herr Flender als Vertreter des Ennepe-Ruhrkreises über die PCB-Belastung in Ennepetal. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Lenz möchte wissen, ob auch westlich außerhalb des gezeigten Gebietes Löwenzahnproben genommen worden seien.

Herr Flender antwortet, dies sei nicht der Fall, dass aber, falls die laufenden Proben Anhaltspunkte geben würden, das zu untersuchende Gebiet ausgeweitet werde.

Herr Müller meint, dass die Herstellung bzw. Emission von PCB verboten sein müsste, wenn die Herstellung bzw. das Anfallen dieser Stoffe bekannt sei, denn PCB, sei seit 1989 verboten.

Herr Flender erwidert, dass die Einstufung als nicht genehmigungspflichtiger Betrieb schon vor dem Tätigwerden des Kreises erfolgt sei. Es werde kein PCB eingesetzt, sondern es entstehe wider Erwarten als Spaltprodukt bei der Produktion in diesem Betrieb.

Herr Stutzenberger fragt, warum man als Untersuchungsgebiet eine Ellipse und keinen Kreis gebildet habe. Dadurch würden Gebiete die in Windrichtung liegen, insbesondere das Martfeld - nicht erfasst. Auch das Stadtgebiet von Schwelm sollte seiner Meinung nach überprüft werden.

Herr Flender erklärt, das erste Untersuchungsgebiet sei kreisförmig gewesen und wegen der Windrichtung so gewählt worden.

Herr Gießwein sagt, er verstehe nicht, wie man darauf komme, dass in dem Gebiet immer die gleiche Windrichtung herrsche. Es gehe hier auch um Ängste der Menschen. Deswegen würde er – um diesen die Sorge zu nehmen – den Kreis des Untersuchungsgebietes ausweiten. Er halte eine rein technische Sichtweise für falsch.

Herr Flender antwortet, dass es hier **nur** um die Menschen gehe. Man könne nicht Untersuchungen ins Blaue hinein machen. Diese seien sehr aufwändig, denn bei jeder Bodenprobe werde eine halbe Tonne Boden entnommen. Das Ergebnis der Proben sollte zügig vorliegen, mehr Untersuchungen würden jedoch auch noch länger dauern.

Herr Lenz folgert, dass der Anbau von Probe-Grünkohl in Schwelm nur bedeuten könne, dass man dort auch Belastungen vermute. Die Fokussierung auf bestimmte Wetterlagen dürfe nicht heißen, dass es keine anderen Wetterlagen gebe. Zwei bis drei zusätzliche Probestellen in Schwelm würden ausreichen.

Herr Flender erwidert, dass in Schwelm keine Grünkohl-Proben genommen worden seien. Nur im Osten des Probengebietes habe man Grünkohl-Proben genommen. Eventuell würde dies irgendwann geschehen.

Herr Schier hält es für wichtig, den Verursacher zu identifizieren. Er möchte wissen, wie Herr Flender die Chance einschätzt, den Verursacher zu finden.

Herr Flender erläutert, dass der Verursacher der weißen Flocken bekannt sei. Es gebe zwei mutmaßliche Verursacher der gasförmigen Emissionen und die Nachforschungen würden intensiv betrieben. Es gebe in NRW aber diverse Firmen, die mit diesen Stoffen umgehen.

Herr Stutzenberger möchte wissen, warum nur das Stadtgebiet von Ennepetal untersucht worden ist. Herr Flender antwortet, dass durch die weißen Flocken ein möglicher Verursacher gefunden worden sei.

Herr Flender und Herr Schulte werden verabschiedet.

7 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

keine

8 Erstellung eines Konzeptes zur Einführung einer Gebäudeleitlinie für die Liegenschaften der Stadt Schwelm

172/2019

Herr Striebeck stellt Herrn Schütz von der Energieagentur NRW vor, der einen Vortrag über die aktuellen Energiestandards und zur CO2-Einpreisung bei Gebäuden hält. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Stutzenberger bittet um die Zuleitung des Vortrages und der genannten Beispiele im Nachgang. Er möchte auch wissen, ob bestimmte Vorgaben - z.B. Arbeitsschutzverordnungen – in die Gebäudeleitlinie eingebaut werden.

Herr Lenz ist der Meinung, dass die Gebäudeleitlinie für ihn mehr sei. Der Arbeitskreis Zentralisierung (AKZen) beschäftige sich intensiv mit Standards für Gebäude, auch bezüglich der Energie. Weil dies sehr zeitintensiv sei, werde alles niedergeschrieben und wieder hervorgeholt, wenn die neue Feuerwache gebaut werde. Die CDU begrüße die Gebäudeleitlinie.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes zur Einführung einer Gebäudeleitlinie für die Liegenschaften der Stadt Schwelm. Das Konzept ist den zuständigen politischen Gremien im ersten Halbjahr 2020 zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

9 Jahresbericht Trägerverein Schwelmebad e.V.

Herr Schweinsberg informiert darüber, dass die Verwaltung am Montag zuvor über ein Ratsmitglied die Mitteilung erhalten habe, dass der Vorsitzende des Trägervereins, Herr Siepmann, im Krankenhaus liege.

Am 17.09.2019 – am Tag nach der nichtöffentlichen Sitzung des Ältestenrates – habe Herr Siepmann überraschend angerufen. In diesem Gespräch habe Herr Schweinsberg ihm angeboten, die Sitzung des Hauptausschusses am 14.11.2019 zu nutzen, um den Jahresbericht des Trägervereins zu halten und bezüglich der Aufhebung des Sperrvermerks entsprechend zu begründen.

Am 17.09. habe Herr Siepmann darum gebeten, im öffentlichen Teil dieser Sitzung berichten zu können. Die Einladung sei ihm am 17.10.2019 per E-Mail übermittelt worden.

Herr Beckmann ist der Meinung, dass man zu gegebener Zeit einen Plan B erarbeiten solle, da der Gesundheitszustand des Herrn Siepmann unklar sei. Frau Burbulla schlägt vor, Herrn Siepmann zu bitten, der Verwaltung etwas Schriftliches zukommen zu lassen.

Herr Schweinsberg antwortet, dass Kontakt zur Tochter des Herrn Siepmann bestehe, schriftliche Informationen aber noch nicht eingetroffen seien. In der folgenden Ratssitzung werde es mehr Informationen geben.

10 Brandschutzbedarfsplan

144/2019/2

Herr Müller verliest aufgrund der Aktion gegen den Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), Hartmut Ziebs, eine Erklärung der im Rat der Stadt

Schwelm vertretenen Fraktionen zu den Rücktrittsforderungen gegenüber Hartmut Ziebs im DFV. Die Erklärung ist diesem Protokoll als Anhang beigelegt.

Anschließend begrüßt Frau Grollmann-Mock die anwesenden Mitarbeiter der Feuerwehr und verliest eine Erklärung zu den Rücktrittsforderungen gegenüber Hartmut Ziebs, die dem Protokoll ebenfalls als Anlage beigelegt ist.

Frau Grollmann-Mock informiert, dass eine Begehung der Feuerwehr-Wache in Linderhausen stattgefunden habe, die beeindruckend gewesen sei. Am heutigen Tage werde eine Vorentscheidung getroffen.

Herr Lenz macht deutlich, dass die CDU dem Brandschutz-Bedarfsplan zustimmen werde. Dieser beinhalte eine Erweiterung des Stellenplans der Feuerwehr. Das Problem der Feuerwehr sei damit jedoch nicht gelöst. Eine Erhöhung der Stellen reiche nicht aus, wenn diese nicht besetzt würden. Die Standorte der Feuerwehr blieben bestehen, aber diese seien nicht Feuerwehr-adäquat und die Arbeit dort sei nicht zumutbar. Herr Lenz möchte wissen, wie man im nächsten Jahr Planungsmittel für eine neue Feuerwehr-Hauptwache, für Linderhausen usw. zur Verfügung stellen könne.

Frau Mollenkott antwortet, dass dies schon eingeplant sei. Für die Schulen sei schon ein Pauschalbetrag eingestellt und das werde man jetzt bei der Feuerwehr genauso machen.

Herr Schweinsberg ergänzt, dass man dies gerne konkret benennen würde und nicht nur Mittel umschichten möchte.

Herr Gießwein schließt sich Herrn Lenz an und bedankt sich für das Einstellen eines Betrages für die Feuerwehr. Er hoffe, dass zügig in die Planung eingestiegen werden könne.

Herr Bosselmann schließt sich ebenfalls Herrn Lenz an und erklärt, dass die SPD dem Brandschutzbedarfsplan zustimmen werde.

Herr Beckmann bestätigt, dass auch die FDP zustimmen werde. Er habe jedoch Bedenken, wie die Stadt den Bau mit ihren Kapazitäten umsetzen könne.

Beschluss für den Hauptausschuss:

Der Hauptausschuss schlägt dem Rat vor, den Brandschutzbedarfsplan in der anliegenden überarbeiteten Fassung des Entwurfs (Anlage 1) zu beschließen.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Rat beschließt den Brandschutzbedarfsplans in der anliegenden überarbeiteten Fassung des Entwurfs (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

11 Umorganisation Schulverwaltungsamt

215/2019

Herr Schweinsberg legt dar, dass die Überschrift der Vorlage vielleicht ein wenig zu kurz greife, da de facto Teile des Jugendamtes und des Schulverwaltungsamtes umorganisiert würden. Man gehe in Teilen auch in alte Strukturen zurück. Dies halte er aber nicht für kritikwürdig, sondern sei - aus den Prozessen und Veränderungen des letzten Jahres heraus - eine logische Folgerung. Man habe in den Sitzungen des Jugendhilfe-Ausschusses, des Schulausschusses und in den gemeinsamen Sitzungen festgestellt, dass es insbesondere im Bereich des offenen Ganztages, aber auch schon früher, beim Übergang vom Kindergarten zur Grundschule, Schnittstellen gebe.

Das Modell, das nun vorgeschlagen werde, sei in mehreren Werkstattgesprächen mit den Fachbereichen 7 und 4 und in der entscheidenden Phase mit der Personalvertretung erarbeitet worden. Im Übrigen verweist Herr Schweinsberg auf die Vorlage – Stichwort „ganzheitlicher Ansatz“. Wie bereits im letzten Hauptausschuss vorgestellt, gehe man das Thema ohne Ausweitung des Personals an, weil man durch die Vermeidung von Schnittstellen entsprechende Synergien erwarte.

Frau Peters weist darauf hin, dass die Zuständigkeit für das Schulverwaltungsamt an Frau Passehl übergeben wird.

Beschluss:

Für den Hauptausschuss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm, der Zuordnung des Schulverwaltungsamtes zum Fachbereich Familie/ Jugend & Soziales zuzustimmen.

Für den Rat:

Der Zuordnung des Schulverwaltungsamtes zum Fachbereich Familie/ Jugend & Soziales wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

12 Personalwirtschaftskonzept

139/2019/1

Frau Grollmann-Mock erläutert, dass das Personalwirtschaftskonzept in dieser Form letztmalig auf den Weg gebracht werde und gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten und dem Personalrat abgestimmt worden sei. Der zuständige Fachbereich werde das haushaltsrelevante Personalwirtschaftskonzept, das sich mit den Personalkosten und der Stellenentwicklung beschäftige, zukünftig wieder stringent vom Personalentwicklungskonzept, bei dem es vorrangig um die Entwicklung des Personals gehe, trennen. Der zuständige Fachbereich werde ab 2020/21 wieder ein Papier vorlegen, in dem Änderungen explizit aufgeführt werden.

Herr Gießwein möchte wissen, wann seine Fragen aus der letzten Sitzung beantwortet werden und warum es zu wenig Personal gebe. Das Personalwirtschaftskonzept sei das gleiche wie im letzten Jahr. Er frage sich, wie man das mit der Fürsorgepflicht für Mitarbeiter der Stadt vereinbaren könne. Die Personalkostenplanung sei eine Grundlage. Er bekomme von der Verwaltung immer wieder die Antwort, es sei zu wenig Personal für die Erfüllung aller Aufgaben vorhanden.

Herr Lenz hat auch den Eindruck, dass es personelle Probleme gebe, was man ja auch bei Sitzungen sehe. Aus der Stellungnahme von Frau Rath zur Vorlage 139/2019/1 ergebe sich, dass man auch ein Besetzungsproblem, also einen Mangel an Menschen, habe, und nicht nur zu wenig Stellen.

Herr Schier sieht das auch so. Seine Fraktion unterstütze die Auffassung des Personalrates. Der Bürger müsse sonst damit leben, dass bestimmte Aufgaben nicht mehr erfüllt werden könnten.

Herr Schweinsberg erklärt, dass die Verwaltung, wenn alle Mitarbeiter da sind, ihre Aufgaben erledigen könne. Man wolle aber auch die Hebesätze halten und Herr Guthier habe z.B. eine Prioritätenliste vorgelegt, die sehr sinnvoll sei.

Herr Kirschner merkt an, dass es in der Personalbedarfsberechnung durchschnittliche Fehlzahlen gebe, die man einplanen könne. Stellen zu diskutieren, finde er schwierig. In der Justiz und an Schulen gebe es genaue Größen zur Berechnung einer Stelle. Dies sei in der Verwaltung schwierig und auch schwierig zu durchschauen. Er halte es für einen großen Gewinn, wenn man mithilfe der REFA-Methode eine belastbare Personal-Bedarfsplanung vornehmen könnte.

Herr Lenz möchte nicht über einzelne Stellen diskutieren. Der Rat gebe nur das Personal-Budget vor und man brauche ein Budget für Personalgewinnung. Schwelm stehe nicht auf Platz eins als Arbeitgeber, weil es nicht groß und die Vergütung dementsprechend gering sei. Schwelm sollte als Arbeitgeber interessanter werden. Herr Kirschner macht deutlich, dass die SPD ebenfalls wolle, dass die Stadt Schwelm als Arbeitgeber interessant bleibe. Mit monetären Anreizen könne die Stadt aus tarifrechtlichen Gründen nicht locken

Herr Schier ist der Auffassung, man müsse umdenken, da man sich über Jahre nicht um die Gewinnung von Personal gekümmert, sondern dieses eingespart habe.

Herr Schweinsberg berichtet, im Jugendhilfe Ausschuss habe man angefangen, zu überlegen, wie man Kollegen ins Haus holen könnte. Die Büro-Situation sei kein Aushängeschild und es werde sich mit der Realisierung des neuen Standortes vieles verbessern.

Frau Grollmann-Mock ergänzt, dass die Stadt vermehrt ausbilden werde, evtl. auch Bademeister. Das Problem seien nicht die fehlenden Stellen, sondern fehlende Köpfe und Langzeiterkrankte. Man hoffe auf bessere Arbeitsbedingungen im neuen Rathaus.

Herr Beckmann hält die Arbeitsplätze und das Lohnniveau nicht für attraktiv. Er ist der Meinung, dass das Geld der Kosten des neuen Rathauses in Personal gesteckt werden könnte. Ein anderer Standort hätte seiner Meinung nach weniger Kosten verursacht. Außerdem müsse die Kooperation mit anderen Kommunen und dem Kreis gefördert werden. Dann bestehe das Ausfall- und Vertretungsproblem auch nicht.

Frau Burbulla meint, dass man sich auch „an die eigene Nase fassen“ müsse. Sie könne es nicht verstehen, wenn die FDP die Verwaltung mit vielen Anträgen und Aufträgen beschäftige. Es solle nicht nur nach neuem Personal gesucht, sondern auch das vorhandene wertgeschätzt werden, was z.B. durch Beförderungen geschehen könne.

Frau Rath erläutert, dass auch Mitarbeiter, die sich fortbilden, ohne Ersatz fehlen. Zum Vorschlag von Herrn Beckmann bezüglich einer Kooperation erklärt sie, dass es interkommunale Zusammenarbeit bereits gebe, diese aber auch Grenzen habe. Das Personal-Wirtschaftskonzept müsse deutlich überarbeitet werden und im nächsten Jahr werde etwas anderes vorgelegt. Frau Rath bittet aber darum, in diesem Jahr so weiter zu verfahren.

Frau Mollenkott ergänzt, dass allen die Situation beim Personal bewusst sei. Man halte es aber nicht für sinnvoll, angesichts der Haushaltslage eine Beförderungssperre anzuordnen.

Herr Schweinsberg ist der Auffassung, dass man auch bei den Angestellten auf einem guten Weg sei. Es gebe fast keine Befristungen mehr. Die Alterspyramide zeige, dass man sich jetzt nach Nachwuchskräften umsehen müsse. Alle Stellen würden durch ein unabhängiges Büro bewertet.

Nach Auffassung von Herrn Müller sollte Herr Beckmann nicht alle Diskussionen über Ausgaben mit seiner anderen Auffassung zum Thema „neues Rathaus“ verknüpfen.

Herr Kirschner meint, die FDP habe den Unterschied zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben nicht verstanden. Man sei der Meinung, dass man allen

Arbeitnehmern Wertschätzung entgegen zu bringen habe und die Belastung der Mitarbeiter tragbar sein müsse.

Herr Beckmann erwidert, man müsse Sachanlagevermögen auch aufbringen und man solle der Verwaltung mitgeben, was Kernaufgabe sei. Wichtig sei die IT. Die Kernaufgaben sollten gut erledigt werden.

Herr Gießwein bemerkt, dass man im Jugendhilfe-Ausschuss gesagt habe, Personal sei eine originäre Aufgabe der Bürgermeisterin. Wenn an dem Konzept gearbeitet worden wäre, hätte man die Probleme jetzt nicht. Man habe seit zwei Jahren keine Verbesserung des Konzeptes, so dass man seit zwei Jahren über dasselbe spreche. Frau Hiller erwidert hierzu, sie sehe das Problem, dass gewisse Dinge nicht erledigt worden seien. Aber es gebe Krankheitsausfälle; die Fachbereichsleitung sei langzeiterkrank und deren Aufgaben müssten jetzt mit erledigt werden.

Frau Rath fügt hinzu, dass die Gleichstellungsbeauftragte und der Personalrat lange mit der Personalabteilung diskutiert hätten. Im nächsten Jahr werde man am Personalwirtschaftskonzept beteiligt. Es handele sich nicht um eine Kopie vom letzten Jahr, sondern es gebe Veränderungen. Ab Januar werde man Druck machen.

Herr Gießwein stellt klar, dass Frau Hiller nicht gemeint war. Die Bürgermeisterin hätte seiner Auffassung nach spätestens im Januar eingreifen und den Fachbereich 1 aufstocken müssen. Seine Kritik gehe in Richtung Verwaltungsleitung.

Herrn Lenz würde es schwerfallen, nicht zuzustimmen, aber nicht, weil er nichts auszusetzen habe, sondern weil die Zeit dränge. Interkommunale Zusammenarbeit sei nichts Schlechtes und es müssten für Schwelm individuelle Lösungen gefunden werden. Die interkommunale Verwaltung müsse gestärkt werden. Man gehe den Weg für das nächste Jahr noch mit, aber dann müsse es einen Veränderungsprozess geben.

Kenntnis genommen

13 Stellenplan 2020 - Personalkosten

13.1 Änderungsantrag der FDP- Fraktion "Digitaler Hausmeister" vom 12.11.2019 237/2019

Herrn Kirschner wundert es, dass zuerst ein Änderungsantrag vorgestellt wird. Herr Beckmann meint, dass man hier eine Aufgabe habe, die interkommunal gelöst werden könne. Es handele sich nicht um eine Kernaufgabe der Verwaltung und sie sei besser bei einem Dienstleister aufgehoben, denn den Aufwand brauche man nur an ca. 200 Tagen im Jahr. Außerdem komme es zu einer Entlastung der Kollegen, weil bei einem Ausfall keine städtischen Mitarbeiter einspringen müssten. Ein Dienstleister sehe auch die IT-Fehler in anderen Kommunen. Wegen des Fachkräftemangels würde sich die Stadt schwertun, adäquate Mitarbeiter zu finden. Deshalb sei ein externer Dienstleister besser. Falls das Konzept überhaupt nicht funktionieren sollte, könne man einen Dienstleister-Vertrag kündigen.

Frau Grollmann-Mock fragt, ob die FDP jede Schule mit einer Kraft ausstatten möchte. Dies wird von Herrn Beckmann verneint. Gemeint sei die Person und man wolle ja einen externen Dienstleister.

Herr Philipp ist der Meinung, dass der erste Punkt des Antrags – Bedarfsermittlung – bereits gegeben sei, da es ein Bedarfskonzept der Schulen gebe.

Bezüglich des Anforderungsprofils und der Kosten müsse man für einen Fachinformatiker mit über 1000,- € pro Tag rechnen. Bei 194 Tagen pro Schule in 6 Schulen sei dieses Modell auf jeden Fall teurer.

Nach Meinung von Herrn Kirschner sollte der gemeinsame Antrag aus folgenden Gründen nicht geändert werden: Man gehe davon aus, dass Digitalisierung von Schulen Kernaufgabe der Verwaltung sei. Der Begriff „digitaler Hausmeister“ solle deutlich machen, dass es die Bedeutung ähnlich bei Gebäuden habe, die man einrichten und unterhalten müsse. Ferner habe man es hier mit sensiblen Daten von minderjährigen Schülern zu tun. Herr Kirschner möchte für diese Kernaufgabe einen Verwaltungsmitarbeiter einstellen. Wenn man es nicht schaffe, eine Konzeption zu erstellen, könne man im Laufe der Zeit sehen, wie man zurechtkomme und könne dann immer noch auf einen externen Dienstleister zurückgreifen. Anschließend verliest Herr Kirschner den gemeinsamen Antrag mit dem geänderten Beschlussvorschlag.

Herr Lenz meint, dass ein Lehrer kein IT-Administrator sei und dass man über die Schulgrenzen hinweg Einheitlichkeit schaffen sollte.

Frau Burbulla erklärt, dass ihre Fraktion den geänderten Antrag unterstützen werde, weil gemeinsam mit dem Schulausschuss ein Konzept geschaffen werden solle. Sie frage sich, warum sie 10 € Kopiergeld bezahlen müsse, obwohl es in der Schule iPads, Whiteboards usw. gebe. Ihre Fraktion sehe Handlungsbedarf und sei froh, dass etwas auf den Weg gebracht werde.

Herr Müller ergänzt, eine große IT-Abteilung sei bei der Stadt Schwelm bereits vorhanden und er sei froh, dass eine runde Sache entstanden sei.

Herr Beckmann ist hierzu der Auffassung, damit bestehe wieder ein Problem durch Ausfall und Vertretungsregelungen. Der digitale Hausmeister sei nicht Aufgabe der Stadtverwaltung. Wenn ein angestellter digitaler Hausmeister nicht klappe, werde wieder ein teurer Gutachter erforderlich.

Frau Burbulla glaubt, dass man eine große Aufgabe habe. Dabei solle man sich nicht noch mit den Problemen anderer Städte befassen müssen.

Herr Gießwein meint, dass die IT-Abteilung der Stadt unter anderem deshalb überlastet sei, weil sie sich im Moment auch um die Schulen kümmern müsse. Ein digitaler Hausmeister bringe folglich der IT-Abteilung Entlastung.

Herr Beckmann kritisiert, dass für das Jahr 2020 nicht die Haushaltsmittel für den digitalen Hausmeister eingestellt worden seien, obwohl dieser in der letzten Hauptausschuss-Sitzung für alle eilig gewesen sei.

Herr Schweinsberg erklärt zur Haushaltssituation, dass die Verwaltung in den Antrag eingebunden gewesen sei. Sein Wunsch sei es gewesen, mit Schulen, Verwaltung und IT-Abteilung offen über das Konzept zu sprechen. Bildung sei eine der Kernaufgaben der Verwaltung und diese unterstütze den Antrag. Man wolle ein gemeinsames Konzept erarbeiten.

Laut Herrn Kirschner sieht die SPD die Aufgabe sehr wohl als dringlich an, weshalb man auch einen gemeinsamen Beschluss möchte

Anschließend ruft Frau Grollmann-Mock zur Abstimmung auf.

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Bedarf einer „digitalen Servicekraft“ an jeder Schule, sofern nicht schon geschehen, zu ermitteln und in einer Vorlage der Politik darzulegen.
2. Parallel soll die Verwaltung mit anderen Kommunen und Schulträgern Kontakt aufnehmen, in wieweit hier ebenfalls die Notwendigkeit für derartige Serviceleistungen bestehen und Kooperationen vereinbart werden können.
3. Danach soll ein Anforderungsprofil aufgestellt werden und in der Folge eine Ausschreibung für einen externen IT-Dienstleister erfolgen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	1
	dagegen:	15
	Enthaltungen:	0

**13.2 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und
B'90/Die Grünen - Position "Digitale/r
Hausmeister/in" - vom 07.10.2019**

195/2019

Frau Grollmann-Mock ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Die Verwaltung schafft die neue Position der ‚Digitalen Hausmeister*in‘ für die Schwelmer Schullandschaft zusätzlich zu der aktuell bestehenden Personalstruktur in der IT-Administration der Stadt Schwelm.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	15
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	0

13.3 Stellenplan 2020

124/2019/4

Frau Grollmann-Mock schlägt vor, den Punkt gemeinsam mit dem Unterpunkt 13.4 „1. Änderungsliste – Stellenplan 2020“ zu beraten und ergänzt, dass der öffentlichen Vorlage eine - jetzt auch öffentliche - Anlage der Veränderungsliste beigefügt ist.

Kenntnisnahme der Vorlagen 124/2019/4 und 231/2019 wird festgestellt.

Kenntnis genommen.

13.4 Stellenplan 2020 - 1. Änderungsliste

231/2019

TOP 13.4 – Vorlage 231/2019 - wurde gemeinsam mit TOP 13.3 beraten und zur Kenntnis genommen.

Kenntnis genommen.

14 Beratung des Etatentwurfs 2020 - FB 1

189/2019

Frau Grollmann-Mock bittet um Abstimmung über die Vorlage 189/2019

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm den Beschluss der entsprechenden Haushaltsansätze 2020 gemäß Vorberatung in der heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

15 Beratung des Etatentwurfs 2020 – FB 5 –

185/2019

Frau Grollmann-Mock bittet um Abstimmung über die Vorlage 185/2019.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm den Beschluss der entsprechenden Haushaltsansätze **2020** gemäß Vorberatung in der heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

16 Ausschussumbesetzungen im Ausschuss für Umwelt- und Stadtentwicklung, Schulausschuss, Sportausschuss, Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss, Kulturausschuss, Wahlprüfungsausschuss und Verwaltungsrat TBS

220/2019/1

Frau Grollmann-Mock erläutert, der Beschlussvorschlag werde dahingehend ergänzt, dass eine versehentlich entstandene Doppelbesetzung der 5. Stellvertreterposition der CDU im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung korrigiert werden müsse. Hier sei zunächst Herr Christian Krökert gewählt worden und im späteren Verlauf auch Herr Elmar-Björn Krause. Herr Krökert solle die Stellvertreterposition weiter innehaben. Dementsprechend werde Herr Krause abberufen.

Herr Kirschner möchte wissen, warum von einer Fraktion umfangreich umbesetzt wird, wenn es die Fraktion dann nicht mehr gebe. Frau Burbulla könne dann kein fraktionsloses Mitglied mehr vertreten.

Frau Burbulla erwidert, Herr Pfeffer sei auch als „Bürger“ im Finanzausschuss. Dies sei hier genauso.

Herr Schweinsberg erklärt, alle vorher eingeleiteten Besetzungen könnten so weitergeführt werden. Ab Januar sei das nicht mehr möglich.

Herr Philipp meint, der Antrag gelte nur bis Januar.

Herr Schweinsberg antwortet, dass Frau Söhner dies in der Ratssitzung im November erläutern könne.

Herr Müller stellt einen Vertagungsantrag in die Ratssitzung am 28.11.2019. Anschließend ruft Frau Grollmann-Mock zur Abstimmung über den Vertagungsantrag auf.

Beschluss:

DIE BÜRGER

	bisher	neu	Funktion
AUS	Rene Martin	Olaf Stutzenberger	2. stv. MG
	Wolfgang Jittler	Johanna Burbulla	3. stv. MG

SchA	Mike Knappe	Jürgen Schulz	1. stv. MG
	Michaela Sprinz	Olaf Stutzenberger	2. stv. MG
SozA	Bettina Rummel	Johanna Burbulla	1. stv. MG
	N.N.	Jürgen Schulz	2. stv. MG
SpA	Michaela Sprinz	Johanna Burbulla	1. stv. MG
	Anita Stutzenberger	Jürgen Schulz	2. stv. MG
KA	Michaela Sprinz	Olaf Stutzenberger	1. stv. MG
	Anita Stutzenberger	Jürgen Schulz	2. stv. MG
JHA	Bettina Rummel	Olaf Stutzenberger	o MG
	Susanne Schulz	Johanna Burbulla	persönliche Stellvertretung des Herrn Stutzenberger
WahIPA	N.N.	Johanna Burbulla	2. stv. MG
VwRat TBS	Bettina Rummel	Jürgen Schulz	1. stv. MG

CDU

	bisher	neu	Funktion
SchA	Christiane Sartor	Andre Göbel	2. stv. MG
RPA	N.N.	Benjamin Speckenbach	4. stv. MG

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	14
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	2

17 Wahl Integrationsrat/-ausschuss

Frau Grollmann-Mock verliest den folgenden, von Frau Peters – Fachbereich 4 – vorbereiteten Text zu den im Jahr 2020 stattfindenden Wahlen zum Integrationsrat:
„Im Jahr 2020 finden parallel zu den Kommunalwahlen die Wahlen zum Integrationsrat statt (in den Gemeinden, in denen mindestens 5000 ausländische Einwohner ihre Hauptwohnung haben)

Nach §27 Abs.1 Satz 2 GO ist in einer Gemeinde, in der mindestens 2000 ausländische Einwohner leben, ein Integrationsrat zu bilden, wenn mindestens 200 Wahlberechtigte dies beantragen.*

*In Schwelm leben weit über 2000 ausländische Einwohner*innen (Stand März 2019 3923).*

*Bis gestern wurden im Wahlamt Unterschriftenlisten mit rund 230 Unterschriften abgegeben, die sich für die Wahl zum Integrationsrat aussprechen. Zwar muss noch geprüft werden, ob es sich bei allen Unterzeichner*innen um Wahlberechtigte handelt, doch es ist davon auszugehen, dass das Quorum erfüllt wird, zumal noch weitere Unterschriftenlisten eingehen können.*

Bisher gab es in Schwelm den KAMS als Interessenvertretungsorgan der Migrantinnen und Migranten. Sollten tatsächlich 200 Unterschriften von Wahlberechtigten vorliegen, MUSS eine Integrationsratswahl durchgeführt werden. Die Wahl muss nicht zwingend zusammen mit der Kommunalwahl erfolgen, sie könnte auch zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden. (§27 Abs.2 Satz 3 GO)

Selbst wenn nicht 200 gültige Unterschriften erreicht werden, kann der Rat entscheiden, dass ein Integrationsrat gebildet wird.“

18 Entgeltordnung für das Archiv der Stadt Schwelm 191/2019

Frau Grollmann-Mock bittet zur Abstimmung über die Vorlage 191/2019.

Beschluss:

Die Entgeltordnung für das Stadtarchiv Schwelm vom 28.11.2019 wird entsprechend der Verwaltungsvorlage Nr. 191/2019 (Anlage 1-2) beschlossen. Die Entgeltordnung wird am 01.12.2019 in Kraft treten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig	x
----------------------	------------	---

19 Änderung der Benutzungsordnung für das Archiv der Stadt Schwelm 192/2019

Frau Grollmann-Mock bittet zur Abstimmung über die Vorlage 192/2019.

Beschluss:

Die Änderung der Benutzungsordnung für das Stadtarchiv Schwelm vom 28.11.2019 wird entsprechend der Verwaltungsvorlage Nr. 192/2019 (Anlage 1) beschlossen. Die Änderung wird am 01.12.2019 in Kraft treten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**20 Klimaschutz in der Stadt Schwelm 122/2019
Anträge verschiedener Fraktionen**

Herr Kirschner stellt einen Vertagungsantrag in die nächste Ratssitzung.
Frau Grollmann-Mock ruft zur Abstimmung über den Vertagungsantrag auf.

Die Vorlage 122/2019 mit den angefügten Klimaschutz-Anträgen wird in die Ratssitzung am 28.11.2019 vertagt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

21 Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW - Freigabe der Herdstraße für Fahrradfahrer entgegen der Einbahnstraßenrichtung 221/2019

**deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und
Spätaussiedler in Schwelm (TOP-Anmeldung CDU)**

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

25 Auszutauschende Tagesordnungspunkte / Vorlagen

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 21 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 20.12.2019	Schriftführerin	Die Bürgermeisterin
	gez. Graeve	gez. Grollmann-Mock